



MINISTERIALBLÄTT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

55. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 4. November 2002

Nummer 55

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
7. 10. 2002	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport Bek. – Lagebericht und Jahresabschluss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale – für das Geschäftsjahr 2001	1098

II.**Ministerium für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport**

**Lagebericht und Jahresabschluss
der Wohnungsbauförderungsanstalt
Nordrhein-Westfalen
– Anstalt der Westdeutschen
Landesbank Girozentrale –**

Bek. des Ministeriums
für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport v. 7. 10. 2002 –
IV B 2 – 4109.32 – 1661/02

**Lagebericht
Geschäftsverlauf**

Die Wohnungsbauförderung konnte wie in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung einkommensschwacher und kinderreicher Haushalte leisten. Dies gelang trotz rückläufiger Fertigstellungs- und Genehmigungszahlen, von denen auch erstmalig der Eigenheimbereich betroffen war.

Die im Wohnungsbauprogramm veranschlagten Mittel wurden im Jahr 2001 mit 802 Mio € zu 94% (Vj.: 759 Mio €, zu 66%) abgerufen. Der Programmansatz für Sozialmietwohnungen konnte – trotz des weiteren Einbruchs im gesamten Geschosswohnungsbau – mit 102% der ange setzten Mittel gefördert werden; es wurden 336 Mio € zugesagt. Die Neubauförderungen im Rahmen des 1., 2. und 3. Förderweges lagen sogar deutlich über dem jeweiligen Programmansatz. Der Programmansatz im Eigenheimbereich wurde zu 78% abgerufen und führte damit zu einem deutlich höheren Ergebnis als im Vorjahr (Vj.: 57,4%).

Die Bedeutung von Maßnahmen zur Modernisierung im Bestand wird nach wie vor durch das hohe Förderergebnis unterstrichen. Dabei konnte das Förderergebnis des Vorjahrs sogar leicht überschritten werden. Hierdurch konnte die Wohnqualität von rund 2.554 Wohneinheiten verbessert werden. Dies entspricht gegenüber dem letzten Jahr einem Plus von 5,2%. Da das Energieeinsparprogramm zum 31. 1. 2001 auslief, wurden ca. 5.500 Wohneinheiten weniger gefördert als im Vorjahr.

Die Auszahlungen von Förderkrediten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd € und die noch bestehenden Auszahlungsverpflichtungen um 0,1 Mrd € leicht verringert.

Der Trend einer steigenden Anzahl der von Sanierungs- und Insolvenzmaßnahmen betroffenen Kreditengagements hat sich auch in 2001 weiter fortgesetzt, allerdings nicht mehr in dem Umfang des Vorjahres. Dies spiegelt sich in einem gegenüber dem Vorjahr geringeren Anstieg des Sanierungsvolumens um 7% auf 431,6 Mio € wider.

Organisatorisch war das Geschäftsjahr insbesondere geprägt von der erfolgreich abgeschlossenen Umstellung der Kundenkonten auf die mit Wirkung 1. 1. 2002 eingeführte Eurowährung.

Vermögens- und Finanzlage

Die Entwicklung der Bilanzsumme im Jahr 2001 von 22,9 Mrd € auf 22,4 Mrd € wurde im Wesentlichen durch eine Verminderung der Kundenforderungen auf 20,5 Mrd € geprägt.

Den Darlehensauszahlungen von 1,0 Mrd € standen Abgänge von 1,9 Mrd € gegenüber. Darin sind mit 1,5 Mrd € außerplanmäßige Tilgungen sowie Ablösungen und Kapitalnachlässe enthalten. Diese resultieren in erheblichem Umfang aus der bis zum 28. 2. 2002 befristeten Möglichkeit der vorzeitigen Ablösung von Darlehen unter Gewährung eines Kapitalnachlasses.

Somit standen für die Finanzierung der Neuausleihungen Rückflüsse aus Darlehensbeständen und Haushaltsmittelzuweisungen zur Verfügung. Daneben stehen für zukünftige Auszahlungen liquide Mittel bereit.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden verminderten sich um 0,3 Mrd € gegenüber dem Vorjahr auf 3,3 Mrd €. Lang- und mittelfristige Kreditaufnahmen in Höhe von 0,2 Mrd € dienten der Anschlussfinanzierung von zum Jahresbeginn fälliger Kredite.

Insgesamt waren im Berichtsjahr alle langfristig gebundenen Mittel auch langfristig durch Eigenkapital und verzinsliche langfristige Fremdmittel finanziert.

Die Zahlungsbereitschaft war jederzeit gegeben und ist auf Basis der Finanzplanung auch für das Jahr 2002 gesichert.

Ertragslage

Das Zins- und Provisionsergebnis hat sich im Jahr 2001 um 5,3 Mio € auf 155,1 Mio € erhöht. Während sich die Zinserträge durch die Tilgung verzinslicher und gleichzeitige Vergabe neuer zunächst zinsloser Förderkredite leicht rückläufig entwickelten, profitierte die Wfa von der planmäßigen anteiligen Auflösung eines Rechnungsabgrenzungspostens im Zusammenhang mit den 1998 vom Land Nordrhein-Westfalen zu Barwerten erworbenen Forderungen. Zudem reduzierten sich die Zinsaufwendungen insbesondere wegen des rückläufigen Refinanzierungsbedarfs. Im Gegensatz dazu verminderten sich die Provisionserträge infolge der geringeren Darlehensauszahlungen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen liegen mit insgesamt 62,0 Mio € im Rahmen der Vorjahreswerte.

Das Risiko- und Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft verminderte sich um 13,3 Mio € auf 11,9 Mio €. Hauptursache ist ein im Vergleich zum Vorjahr um 12,8 Mio € rückläufiger Wertberichtigungsbedarf. Den akuten Risiken der Wfa wurde durch Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Zur Abdeckung latenter Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen.

Insgesamt wurde im Berichtsjahr ein Jahresüberschuss von 83,2 Mio € erwirtschaftet und in voller Höhe dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2001 sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Wfa vergibt und verwaltet aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages Wohnungsbaukredite mit grundpfandrechtlicher Besicherung. Sie unterstützt das Land NRW bei der Umsetzung der Wohnungsbauprogramme. Diese Tatsache und die soliden wirtschaftlichen Verhältnisse der Wfa sichern ihren Fortbestand.

Da die Wfa den Gesetzgebungsprozess für das neue Wohnraumförderungsgesetz eng begleitet hat, sind ihr die daraus ableitbaren Auswirkungen bekannt; danach ergeben sich keine besonderen Risiken.

Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Wfa haben können, sind aus derzeitiger Sicht nicht feststellbar. Bereits erkennbaren Risiken wurde in ausreichendem Umfang Rechnung getragen.

Infolge kongruenter Finanzierung und einer niedrigen Fremdfinanzierungsrate bestehen auch keine nennenswerten Zinsänderungsrisiken. Zudem kann ein negativer Zinssaldo aufgrund der vom Land Nordrhein-Westfalen zugesagten Zinsertatung gemäß § 21 Abs. 4 Wohnungsbauförderungsgesetz nicht entstehen.

Eine moderate Bevölkerungsentwicklung und konstante Bautätigkeit der letzten Jahre haben in Nordrhein-Westfalen zu einer in vielen Regionen entspannten Wohnungsmarktlage geführt. Wie die Wohnungsmarktbeobachtung der Wfa ermittelt hat, hat dieser entspannte Markt – regional differenziert – auch zu zunehmenden Leerstän-

den geführt, die allerdings nur in Einzelfällen eine problematische Größenordnung annehmen. Betroffen von Leerständen sind in erster Linie Wohnungen, die entweder von ihrer Ausstattung nicht den heutigen Standards entsprechen oder deren Lage gravierende Nachteile aufweist. Als problematisch erweisen sich auch hochverdichtete Wohnungsbestände, die eine hohe Fluktuation und eine sozial instabile Mieterstruktur aufweisen.

In diesen Beständen ist nach wie vor aus Sicht der privaten Investoren und der Wohnungsunternehmen die Gefahr groß, Gewinneinbußen hinnehmen zu müssen. Dies kann langfristig zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. Daher lassen sich für die Wfa, die an der Finanzierung umfangreicher Bestände beteiligt war, auf Dauer zusätzliche Risiken nicht ausschließen, solange es nicht durch geeignete und gemeinsame Maßnahmen von Politik, Land, Kommunen und Investoren gelingt, die betroffenen Wohnungsbestände wieder marktfähig zu machen. Darüber hinaus zeichnet sich ab, dass auch aus Betätigungen der Kreditnehmer außerhalb Nordrhein-Westfalens und auch aus anderen als wohnungswirtschaftlichen Tätigkeiten zusätzliche Risiken für den Förderungsbestand der Wfa ausgehen.

Die Neustrukturierung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale wird – soweit heute absehbar – für das Geschäft und die Organisation der Wfa keine nennenswerten Konsequenzen haben.

Den steigenden Anforderungen an die Überwachung von Risiken ist die Wfa durch den weiteren Ausbau ihres Risikomanagementsystems begegnet. Es umfasst alle Unternehmensbereiche und Risikofelder. Neben der grund-

sätzlichen Bewertung möglicher Risiken wird seit Beginn des Jahres ein regelmäßiges Self-Assessment für die wichtigsten Risikobereiche durchgeführt. Eine regelmäßige Berichterstattung informiert die Risikoverantwortlichen über die aktuelle Situation, Veränderungen und Maßnahmen. In Planung ist, dieses System unter Berücksichtigung der Anforderungen der Bankenaufsicht nach Basel II ständig weiterzuentwickeln.

Voraussichtliche Entwicklung

Das Parlament hat mit Wirkung vom 1. 1. 2002 das neue Wohnraumförderungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz bildet ab 2002 die bundesgesetzliche Grundlage für die Wohnraumförderung in den Bundesländern. Auch in Nordrhein-Westfalen werden die geänderten rechtlichen Vorgaben Einfluss auf die Förderrichtlinien des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport haben, die allerdings erst im März diesen Jahres veröffentlicht werden. Zum gleichen Zeitpunkt wird der Umfang der Förderung im Jahr 2002 im neuen Wohnungsbauprogramm festgelegt werden. Nach dem derzeitigen Stand der Planungen gehen wir von einem reduzierten Förderprogrammangebot von 13.500 Wohnungen aus, dass sich entsprechend der zur Zeit erkennbaren Nachfragesituation im Verhältnis 60% zu 40% auf Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungen verteilt.

Nach dem derzeitigen Stand der Planungen geht die Wfa für das Jahr 2002 von einem gleichbleibenden Förderungsbestand aus. Gegenüber dem Vorjahr wird ein leichter Anstieg des Landeswohnungsbauvermögens und ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres erwartet.

Wfa Jahresbilanz zum 31. Dezember 2001

Aktivseite

	€	€	€	€	2000 T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand		8.69			4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		–,–			–
darunter:					(–)
be der Deutschen Bundesbank	–,–				–
c) Guthaben bei Postgärtmern		–,–			–
		–,–		8.69	4
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) Hypothekencrediten		1.717.809,14			950
b) Kommunalkredite		3.382.253,39			3.728
c) andere Forderungen		624.072.386,20			181.897
darunter:					(–)
taglich fällig	478.917.507,90				(181.900)
gegen Belebung von Wertpapieren	–,–				(–)
		–,–		629.172.448,73	186.575
3. Forderungen an Kunden					
a) Hypothekencrediten		19.220.237.375,34			20.103.212
b) Kommunalkredite		1.284.922.851,59			1.256.668
c) andere Forderungen		29.843.251,56			24.420
darunter:					(–)
gegen Belebung von Wertpapieren	–,–			20.535.003.478,49	21.384.300
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldeinkommen					
aa) von öffentlichen Emittenten		–,–			–
darunter:					(–)
caelbar bei der Deutschen Bundesbank	–,–				(–)
ab) von anderen Emittenten		–,–			–
darunter:					(–)
caelbar bei der Deutschen Bundesbank	–,–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		–,–			–
darunter:					(–)
caelbar bei der Deutschen Bundesbank	–,–				(–)
bb) von anderen Emittenten		1.080.902,98		1.080.902,98	1.081
darunter:					1.081
caelbar bei der Deutschen Bundesbank	849.281,38				(849)
c) eigene Schuldverschreibungen		–,–			–
Nennbetrag:	–,–				(–)
		–,–		1.080.902,98	1.081
Übertrag:		21.165.256.838,89		21.571.960	

Aktivseite

	€	€	€	€	2000 T€
			Übertrag:	21.165.256.838,89	21.571.960
5. Treuhandvermögen darunter: Treuhandkredite	1.186.457.044,18			1.186.457.044,18	1.319.324 (1.319.324)
6. Sachanlagen				497.152,22	819
7. Sonstige Vermögensgegenstände				4.108.375,22	3.450
8. Rechnungsabgrenzungsposten:					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		15.785,32			26
b) andere		3.936.909,64			5.512
				3.952.694,96	5.538
Summe der Aktiva				<u>22.360.272.105,47</u>	<u>22.901.091</u>

Passivseite

	€	€	€	€	2000 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			-,--		-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			-,--		-
c) andere Verbindlichkeiten			3.070.359.816,10		3.454.236
darunter:					
täg. en fällig	12.855,92				(63.035)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen					
an den Darlehensgeber ausgeständigte					
Hypotheken-Namenspfandbriefe	-- --				(1)
und öffentliche Namenspfandbriefe	-,--				(1)
			<hr/> 3.070.359.816,10		<hr/> 3.454.236
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden:					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			-,--		-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			-,--		-
c) Schecks					
ca) mit vereinbarter Kündigungfrist					
von drei Monaten		-,--			-
cb) mit vereinbarter Kündigungfrist			-,--		-
von mehr als drei Monaten					
c) andere Verbindlichkeiten			235.140.947,08		127.802
darunter:					
täg. en fällig	152.732.701,24				(44.999)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen					
an den Darlehensgeber ausgeständigte					
Hypotheken-Namenspfandbriefe	-,--				(1)
und öffentliche Namenspfandbriefe	-,--				(1)
			<hr/> 235.140.947,08		<hr/> 127.802
3. Fremdverbindlichkeiten:				1.186.457.044,18	1.319.324
darunter: Fremdkredite	1.186.457.044,18				(1.319.324)
4. Sonstige Verbindlichkeiten				3.746.410,01	1.808
5. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		116.395.050,-			-
b) andere		<hr/> -,--			-
		116.395.050,-			-
6. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Personen und					
ähnliche Verpflichtungen		87.561.674,-			81.827
b) Steuerrückstellungen		-,--			-
c) andere Rückstellungen		14.216.181,61			11.224
		<hr/> 101.777.855,61			93.051
			Übertrag:	4.713.877.122,98	4.996.221

Passivseite

	€	€	€	€	2000 T€
			Übertrag:	4.713.377.122,98	4.996.221
7. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital und Landeswohnungsbauvermögen		17.573.799.866,49			17.832.275
b) Kapitalrücklage		–,–			–
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		–,–			–
cb) Rücklage für eigene Anteile		–,–			–
cc) satzungsmäßige Rücklage		5.112.918,81			5.113
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>67.482.197,19</u>			<u>67.482</u>
			72.595.116,–		72.595
c) Bilanzgewinn:			–,–		–
			17.646.394.982,49		17.904.870
Summe der Passiva			<u>22.360.272.105,47</u>		<u>22.901.091</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		–,–			–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		73.313.004,28			93.664
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		–,–			–
			<u>73.313.004,28</u>		<u>93.664</u>
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		–,–			–
b) Pauschal- und Übernahmeverpflichtungen		–,–			–
c) Unwiderufliche Kreditzusagen		<u>2.151.586.662,73</u>			<u>2.293.282</u>
			<u>2.151.586.662,73</u>		<u>2.293.282</u>

Wfa Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom Aufwendungen

	€	€	€	2000 TE
1. Zinsaufwendungen		147.412.158,93		151.469
2. Provisionsaufwendungen		2.058.494,65		1.909
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	24.317.620,05			24.325
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung € 11.200.613,85	14.112.874,48	38.430.494,53	14.404	
b) andere Verwaltungsaufwendungen	—	23.545.490,56	61.975.985,09	38.729 (11.336) 23.120 61.849
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		416.280,34		623
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		418.637,67		294
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		11.865.315,22		25.214
7. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen	5.408,08			4
8. Jahresüberschuss	83.244.089,18			67.061
Summe der Aufwendungen:		307.396.369,16		308.423
1. Jahresüberschuss	83.244.089,18			67.061
2. Zuführung an das Landeswohnungsbauvermögen	-83.244.089,18			-67.061
3. Bilanzgewinn:	—	—	—	—

1. Januar bis 31. Dezember 2001

Erträge

	€	€	2000 T€
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	297.152.620,46		294.660
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	92.454,36		114
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
		297.245.074,82	294.774
2. Zinsentstättung durch das Land Nordrhein-Westfalen		–,–	–
3. Provisorserträge	7.310.150,10		8.405
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		–,–	–
5. Sonstige betriebliche Erträge	2.841.144,24		5.244
Summe der Erträge	<hr/> <u>307.396.369,16</u>	<hr/> <u>308.423</u>	

Anhang zum 31. Dezember 2001

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aufstellung des Jahresabschlusses	Die Aufstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2001 erfolgte nach den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute vom 11. 12. 1998.
Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem für Realkreditinstitute vorgeschriebenen Formblatt mit bestimmten, durch landesrechtliche Vorschriften bedingten Erweiterungen.
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	Forderungen sind grundsätzlich mit ihrem Restkapital ausgewiesen. Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert; zugehörige Disagien sind als Rechnungsabgrenzungsposten erfasst. Im Hinblick auf die im Wesentlichen kongruente Finanzierung durch das Sonderkapital Landeswohnungsbauvermögen sind die überwiegend un- und unterverzinslichen Förderkredite gegenüber Kunden und Kreditinstituten wie in den Vorjahren zu Nominalwerten bewertet. Die in 1998 vom Land erworbenen Forderungen wurden zu Barwerten in Ansatz gebracht. Akuten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft und bei Sonstigen Vermögensgegenständen wurde durch ausreichend bemessene Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zur Abdeckung latenter Risiken, insbesondere wegen der Nachrangigkeit der Förderdarlehen, wurde ausreichend Risikovorsorge getroffen. Wertberichtigungen wurden aktivisch abgesetzt. Uneinbringliche Forderungen wurden abgeschrieben. Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beibehaltung der niedrigeren Vorjahreswerte. Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Wahl der Abschreibungssätze erfolgte in Anlehnung an die jeweils steuerrechtlich anerkannte Nutzungsdauer des Gegenstandes. Geringwertige Anlagegegenstände wurden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben. Die Bewertung der im Hypothekengeschäft übernommenen Grundstücke und Gebäude erfolgte nach den für Umlaufvermögen geltenden Vorschriften. Ein Objekt wird, da es länger als 5 Jahre im Bestand ist, in den Sachanlagen ausgewiesen und analog bewertet. Der aus der Umschuldung eines zinslosen Darlehens resultierende Kapitalnachlass wird unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und entsprechend des Ablaufs des neuen Darlehens aufwandsmindernd aufgelöst. Das neue Darlehen selbst ist in 8 Tranchen zur Tilgung und Zinszahlung fällig; die bis zum Stichtag aufgelaufenen Zinsen werden der Verbindlichkeit aufwandswirksam zugeschrieben. Die Bemessung der Pensionsrückstellungen und der Rückstellungen für Vorruhestandszahlungen basieren auf versicherungsmathematischen Gutachten, die unter Anwendung des Teilwertverfahrens und eines Rechnungszinsfußes von 6% erstellt wurden. Die übrigen unter anderen Rückstellungen ausgewiesenen Posten berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und sind ausreichend bemessen. Dem Ausweis der Bürgschaftsverpflichtungen liegen in 2001 zugegangene Obligomeldungen der Gläubiger verbürgter Darlehen zugrunde. Tilgungen bis zum Bilanzstichtag wurden rechnerisch ermittelt und vom Ausweis abgesetzt.

Gliederung bestimmter Forderungen und Verbindlichkeiten nach ihrer Restlaufzeit:

Bilanzposten	Restlaufzeiten von				T€
	bis drei Monaten	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	
Forderungen an Kreditinstitute					
a) Hypothekendarlehen	–	25	111	1.582	
b) Kommunalkredite	41	83	309	2.949	
c) andere Forderungen	624.072	–	–	–	
	642.113	108	420	4.531	
Forderungen an Kunden					
a) Hypothekendarlehen	97.821	317.463	1.373.396	17.431.557	
b) Kommunalkredite	12.375	21.903	93.180	1.157.465	
c) andere Forderungen	530	1.553	4.493	23.267	
	110.726	340.919	1.471.069	18.612.289	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
bb) von anderen Emittenten	24	–	179	878	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
c) andere Verbindlichkeiten	178.635	182.372	1.589.961	1.119.392	
Verbindlichkeiten gegen über Kunden					
d) andere Verbindlichkeiten	156.853	5.214	41.279	31.795	

In den Forderungen an Kunden sind keine Kredite mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Der unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesene Bestand an Förderdarlehen vor Berücksichtigung von Wertberichtigungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 884,2 Mio € verringert. Den Zugängen in Höhe von insgesamt 1.019,2 Mio € stehen Abgänge in Höhe von 1.903,4 Mio € gegenüber. Diese resultieren in erheblichem Umfang aus außerplanmäßigen Tilgungen von Darlehen, da die Möglichkeit der Ablösung unter Gewährung eines Kapitalnachlasses zum 28. 2. 2002 endgültig ausläuft.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Im Bestand an festverzinslichen Wertpapieren der Wfa befinden sich ausschließlich börsennotierte Wertpapiere der Liquiditätsreserve.

Treuhandvermögen

Die unter Treuhandvermögen aktivierten Vermögensgegenstände stellen sich in der Aufgliederung nach Bilanzposten wie folgt dar:

Forderungen an Kreditinstitute	T€	T€
a) Hypothekendarlehen	133	
b) Kommunalkredite	–	
c) andere Forderungen	30.617	30.750
Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	1.137.941	
b) Kommunalkredite	9.983	
c) andere Forderungen	7.706	1.155.630
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
bb) von anderen Emittenten	77	77
Treuhandvermögen gesamt		1.186.457

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen entwickelte sich wie folgt:

	Anschaf-fungs- und Her-stellungs-kosten T€	Zugang T€	Abgang T€	Brutto-werte 31. 12. 2001 T€	kumu-lierte Abschrei-bung T€	Ab-schrei-bung lfd. Jahr T€	Buch-wert 31. 12. 2001 T€
Grundstücke und Gebäude	34	–	–	34	–4	–1	30
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.965	95	–122	2.938	–2.471	–415	467
	2.999	95	–122	2.972	–2.475	–416	497

Sonstige Vermögensgegenstände

Unter Sonstigen Vermögensgegenständen werden mit 2,1 Mio € im Hypotheken geschäft zur Vermeidung von Kreditverlusten übernommene Grundstücke und Gebäude ausgewiesen. Der Bestand verminderte sich nach Zugängen von 17 Objekten und Abgängen von 19 Objekten auf 19 Objekte. Zudem enthält der Ausweis 1,9 Mio € Forderungen gegenüber Bewilligungsbehörden.

Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den hier ausgewiesenen Beträgen handelt es sich um Disagien aus aufgenommenen Schulscheindarlehen sowie im voraus gezahlte Entgelte für Softwarenutzung.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Die gegenüber Kreditinstituten und Kunden bestehenden Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Schulscheindarlehen und schulscheinlose Darlehen nebst anteiliger Zinsen zur Finanzierung von Auszahlungen der Förderkre dite.

Treuhandverbindlichkeiten

Die unter Treuhandverbindlichkeiten passivierten Verpflichtungen stellen sich in der Aufgliederung nach Bilanzposten wie folgt dar:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	T€
c) andere Verbindlichkeiten	184.114
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
d) andere Verbindlichkeiten	38.273
Rückstellungen	
c) andere Rückstellungen	0
Bundestreuhandvermögen	964.070
Treuhandverbindlichkeiten insgesamt	1.186.457

Sonstige Verbindlichkeiten

Im Wesentlichen werden mit 2,7 Mio € Verbindlichkeiten gegenüber Bewilligungsbehörden ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Der Ausweis enthält den Rechnungsabgrenzungsposten aus der erfolgsneutralen Umfinanzierung eines Darlehens. Die auf das Berichtsjahr entfallende Auflösung von 18,4 Mio € wurde mit dem gleichhohen Zinsaufwand verrechnet.

Rückstellungen

In den anderen Rückstellungen ist eine nach § 20 Wohnungsbauförderungsgesetz zu bildende Bürgschaftssicherungsrückstellung von 3,9 Mio € enthalten. Sie ist in Höhe von 5% auf den um Bürgschaften, für die wegen zu erwartender Bürgschaftsinanspruchnahme Einzelrückstellungen gebildet wurden, geminderten Bürgschaftsbestand gebildet.

Gezeichnetes Kapital und Landeswohnungsbauvermögen

Im Ausweis ist unverändert gegenüber dem Vorjahr ein Grundkapital von 51.129.188,12 € enthalten.

Das mit 17.522.670.678,37 € ausgewiesene Landeswohnungsbauvermögen gehört gemäß § 16 Wohnungsbauförderungsgesetz neben dem Grundkapital und den Rücklagen zum Vermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt.

Nach § 21 Abs. 4 Wohnungsbauförderungsgesetz ist die Aufnahme von Darlehen nur zulässig, soweit die hierfür zu entrichtenden Zinsen die Zinseinnahmen der Wohnungsbauförderungsanstalt nicht übersteigen, es sei denn, dass sie für den übersteigenden Betrag Haushaltsmittel vom Land erhält. Zuschüsse dürfen nur gewährt werden, soweit die Wohnungsbauförderungsanstalt Haushaltsmittel vom Land erhält. Mit dieser Regelung wird gewährleistet, dass das Landeswohnungsbauvermögen für die Förderung des Wohnungswesens uneingeschränkt erhalten bleibt.

Das Landeswohnungsbauvermögen nahm im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

	T€	T€
Bestand am 1. 1. 2001		17.781.145
– Haushaltsmittelzuweisungen	309.468	
– Zuführung des Überschusses der Erträge über die Aufwendungen	83.244	
– Sonstige Zugänge	785	
Gesamtzugänge		393.497
– Zuschussgewährung an Dritte	315	
– Kapitalnachlässe und sonstige Abgänge	651.656	
Gesamtabgänge		651.971
Bestand am 31. 12. 2001		17.522.671

Als unwiderrufliche Kreditzusagen werden die gesamten Auszahlungsverpflichtungen der Wfa ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsaufwendungen

Unter Zinsaufwendungen werden mit 144 Mio € hauptsächlich Zinsen für aufgenommene Schuldscheindarlehen sowie schuldscheinlose Darlehen ausgewiesen.

Provisionsaufwendungen

Diese Position beinhaltet zu leistende Verwaltungskostenbeiträge an die örtlichen Bewilligungsbehörden für die Durchführung der Bestands- und Besetzungskontrolle der öffentlich geförderten Wohnungen.

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten mit 175 Mio € Zinserträge und mit 118 Mio € laufende Verwaltungskostenbeiträge aus dem langfristigen Fördergeschäft.

Provisionserträge

Unter den Provisionserträgen werden mit 4 Mio € einmalige Verwaltungskostenbeiträge aus dem Darlehensgeschäft sowie sonstige Darlehens- und Bürgschaftsgebühren ausgewiesen. Darüber hinaus sind im Ausweis Erträge von 3 Mio € aus der treuhänderischen Verwaltung von Darlehen und Zuschrüssen enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen mit 2 Mio € Ausgleichszahlungen und Geldleistungen aufgrund nicht zweckgerechter Nutzung geförderter Wohnungen.

Ergebnisverwendung

Zuführung an das Landeswohnungsbauvermögen

Aufgrund gesetzlicher und satzungsgemäßer Bestimmungen wurde der Jahresüberschuss dem Landeswohnungsbauvermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt zugeführt, so dass sich ein Bilanzgewinn nicht ergibt.

Sonstige Angaben

Kreditgewährungen an Mitglieder des Verwaltungsrates

Die an Mitglieder des Verwaltungsrates insgesamt gewährten Kredite betragen zum Bilanzstichtag 4,4 Mio €.

Personalbestand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Jahresdurchschnitt 439 Mitarbeiter/innen – ohne Aushilfen – beschäftigt; davon 198 weibliche und 241 männliche Mitarbeiter.

Organe der Westdeutschen Landesbank Girozentrale

Gewährträgerversammlung

Georg Wilhelm Adamowitsch
Staatssekretär
Chef der Staatskanzlei des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Günter Berg
Ministerialdirigent
Finanzministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Norbert Emmerich
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Münster
Münster

Dieter Gebhard
Vorsitzender der SPD-Fraktion
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Gelsenkirchen

Dr. Thomas Griese
Staatssekretär
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Friedrich Wilhelm Held
Ministerialdirigent a.D.
Innenministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 9. 3. 2001

Jörg Hennerkes
Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand,
Energie und Verkehr des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Bernd Kiesow
Leitender Ministerialrat
Finanzministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Wolfgang Kirsch
Landrat
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Kreis Warendorf
Warendorf

Michael Kranz
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bonn
Bonn

Franz-Josef Leikop
Landrat
Hochsauerlandkreis
Meschede

Manfred Morgenstern
Staatssekretär
Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur
und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Cornelia Prüfer-Storcks
Staatssekretärin
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und
Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Winfried Schittges, MdL
Vorsitzender der
Landschaftsversammlung Rheinland
Krefeld

Paul-Gerhard Schmitz
Bürgermeister
Stadt Gummersbach
Gummersbach

Eckhard Schwerhoff
Bürgermeister
Stadt Gladbeck
Gladbeck

Harry Voigtsberger
Vorsitzender der SPD-Fraktion
Landschaftsversammlung Rheinland
Krefeld

Dr. Hans-Christian Vollert
Landrat
Kreis Viersen
Viersen

Johannes Winkel
Ministerialdirigent
Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 9. 3. 2001

Verwaltungsrat

Vorsitzender und
stellvertretende Vorsitzende

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident
Rheinischer Sparkassen-
und Giroverband
Düsseldorf
Vorsitzender
– bis 31. 5. 2001
Stellvertretender Vorsitzender
– ab 1. 6. 2001

Ernst Schwanhold
Minister für Wirtschaft und Mittelstand,
Energie und Verkehr des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender
– bis 31. 5. 2001
Vorsitzender
– ab 1. 6. 2001

Peer Steinbrück
Finanzminister des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender

Ferdinand Esser
Landesdirektor
Landschaftsverband Rheinland
Köln
Stellvertretender Vorsitzender
– bis 31. 3. 2001

Udo Molsberger
Landesdirektor
Landschaftsverband Rheinland
Köln
Stellvertretender Vorsitzender
– ab 1. 4. 2001

Wolfgang Schäfer
Landesdirektor
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Rolf Gerlach
Präsident
Westfälisch-Lippischer
Sparkassen- und Giroverband
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Von Gewährträgern
entsandte Mitglieder

Rolf Brunswig
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Siegen
Siegen

Walter Haas
Vorsitzender DGB-Landesbezirk NRW
Düsseldorf

Paul Heidrich
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Landschaftsversammlung Rheinland
Mülheim an der Ruhr

Heinz Kettler
HEINZ KETTLER Metallwarenfabrik GmbH & Co.
Ense-Parsit

Hans-Peter Krämer
Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Köln
Köln

Dr. Hermann Krämer
Seevetal

Dr. Helmut Linssen, MdL
1. Vizepräsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Edgar Moron, MdL
Vorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion NRW
Düsseldorf

Hans Pixa
Landrat
Kreis Coesfeld
Coesfeld

Dieter Pützhofen
Oberbürgermeister
Stadt Krefeld
Krefeld

Friedrich Späth
ehem. Vorsitzender des Vorstandes
Ruhrgas AG
Essen

Dr. Berthold Tillmann
Oberbürgermeister
Stadt Münster
Münster

Vertreter der
Belegschaft der Bank

Fred Eicke
Direktor
Düsseldorf

Hannelore Heger-Golletz
Bankangestellte
Münster

Gerd-Uwe Löschmann
Prokurist
Düsseldorf

Manfred Matthewes
Bankkaufmann
Düsseldorf

Manfred Schimpf
Bankkaufmann
Münster

Hubertus Schreiber
Bankkaufmann
Münster

Franz-Georg Schröermeyer
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Münster
Münster

Christiane Stascheit
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Düsseldorf
Düsseldorf

Elisabeth Weber
Bankkauffrau
Düsseldorf

**Ständige Vertreter
des Vorsitzenden
des Verwaltungsrates**

Dr. Harald Noack
Staatssekretär
Finanzministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dieter Krell
Ministerialdirigent
Leiter der Zentralabteilung
Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand,
Energie und Verkehr des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Udo Molsberger
Erster Landesrat
Landschaftsverband Rheinland
Köln
– bis 31. 3. 2001

Karl Bechtel
Erster Landesrat
Landschaftsverband Rheinland
Köln
– ab 1. 7. 2001

Hans-Ulrich Predeick
Erster Landesrat
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster

Heinz Biesenbach
Verbandsgeschäftsführer
Rheinischer Sparkassen-
und Giroverband
Düsseldorf

Dr. Klaus Wienberg
Verbandsgeschäftsführer
Westfälisch-Lippischer
Sparkassen- und Giroverband
Münster

Vorstand

Dr. rer. nat. h.c. Friedel Neuber
Vorsitzender
– bis 31. 8. 2001

Jürgen Sengera
Vorsitzender
– ab 1. 9. 2001

Hans Henning Offen
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Adolf Franke

Dr. Rudolf Holdijk
– bis 3. 5. 2001

Dr. Manfred Puffer
– ab 1. 1. 2002

Dr. Johannes Ringel

Gerhard Roggemann

Andreas Seibert
– ab 21. 5. 2001

Ausschuss für Wohnungsbau-
förderung der Wohnungsbau-
förderungsanstalt
Nordrhein-Westfalen

Dr. Michael Vesper
Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Vorsitzender

Ingo Apel
Verbandsdirektor
Düsseldorf

Karl-Peter Brendel, MdL
Marsberg

Walter Goch
Geschäftsführer
Deutscher Mieterbund
Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.
Dortmund
– ab 1. 1. 2002

Karl Gruber
Landrat
Kreis Heinsberg
Heinsberg

Klaus Korfsmeier
Bürgermeister
Gemeinde Hiddenhausen
Enger

Dr. Harald Noack
Staatssekretär
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dieter Pützhofen
Oberbürgermeister
Stadt Krefeld
Krefeld

Wolfgang Röken, MdL
Gladbeck

Heinrich Sahnen, MdL
Neuss

Winfried Schittges, MdL
Krefeld

Burghard Schneider
Staatssekretär a.D.
Verbandsdirektor
Verband der Wohnungswirtschaft
Rheinland Westfalen e. V.
Düsseldorf

Günter-Wolfram Schorn
Ministerialdirigent
Ministerium für Frauen, Jugend,
Familie und Gesundheit des
Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Bernd Schulte, MdL
Lüdenscheid

Heinz Soénus
Vorsitzender
Rheinischer Mieterverband e. V.
Köln
– bis 31. 12. 2001

Reinhard Thomalla
Ministerialdirigent
Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand,
Energie und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Gisela Walsken, MdL
Duisburg

Ellen Werthmann, MdL
Gelsenkirchen

Friedhelm Wolf
Bürgermeister
Stadt Sundern
Sundern

Geschäftsleitung der
Wohnungsbauförderungsanstalt

Rainer Hofmann
Erwin Pfänder
– bis 31. 3. 2002

Aufsicht über die
Wohnungsbauförderungsanstalt

Die staatliche Aufsicht über die Wohnungsbauförderungsanstalt führt das für die Aufsicht über die Westdeutsche Landesbank Girozentrale zuständige Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.

Düsseldorf/Münster, den 12. 2. 2002

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Der Vorstand

Sengera	Offen	Dr. Prautzsch
Dr. Franke	Dr. Puffer	Dr. Ringel
Roggemann	Seibert	

**Bestätigungsvermerk
des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale – für das Geschäftsjahr vom 1. 1. bis 31. 12. 2001 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach § 21 Abs. 5 Wohnungsbauförderungsgesetz, den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Westdeutschen Landesbank Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeföhrten Prüfung, eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Wohnungsbauförderungsanstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsysteems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale, Düsseldorf, – für das Geschäftsjahr 2001 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Wohnungsbauförderungsanstalt. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Wohnungsbauförderungsanstalt und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 21. 2. 2002

Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Reker	ppa. Schmiedel
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Einzelpreis dieser Nummer 4,95 Euro
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (0211) 96 82/229, Tel. (0211) 96 82/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 57,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 115,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (0211) 96 82/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabeinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzutragen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569